



DRINGLICHES POSTULAT

| | |
|-------------------|---|
| Urheber | Paola Riva Gapany, PS/GC, Julien Dubuis, PLR/FDP und Daria Moulin, Les Vert.e.s |
| Gegenstand | Zugang zum Studium an der HES-SO für alle! |
| Datum | 12/11/2024 |
| Nummer | 2024.11.338 |

Aktualität des Ereignisses

Am 10. Oktober 2024 teilte der Regierungsausschuss der HES-SO seinen Beschluss mit, die Semestergebühren anzupassen. Ab Beginn des Studienjahres 2025/2026 betragen die Studiengebühren für Schweizer Studierende im Bachelor- und Masterstudium neu 700 Franken statt wie bisher 500 Franken, also 200 Franken mehr pro Semester, und für ausländische Studierende erhöhen sie sich von 500 auf 1050 Franken, also um mehr als das Doppelte.

Unvorhersehbarkeit

Mehr als 80 Prozent der Studierenden müssen arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren. 2022 haben fast 45'000 Studierende, also rund 7 Prozent aller Studierenden, Finanzhilfe beantragt (354 Mio. Franken wurden gewährt). Die während der Covid-19-Pandemie eingerichteten Nothilfefonds wurden in einigen Kantonen auch nach dem Ende der Pandemie beibehalten, da die Studierenden weiterhin Anträge stellten. Vor diesem Hintergrund war eine Erhöhung der Studiengebühren nicht vorhersehbar.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Da die geplante Erhöhung der Studiengebühren bereits ab dem 1. Januar 2025 gelten soll, muss rasch gehandelt werden, um diese Erhöhung zu begrenzen oder zu verhindern und Mechanismen zur Unterstützung von Studierenden in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen einzuführen oder anzupassen.

Die starke und nicht progressive Erhöhung der Gebühren ist vor diesem Hintergrund schwer nachvollziehbar. Die Studiengebühren müssen progressiv festgelegt werden, unter Berücksichtigung der aktuellen Wirtschaftslage. Diese plötzliche Erhöhung bestraft die Studierenden massiv: Sie werden finanziell belastet, ohne dies antizipieren oder einplanen zu können, denn die erhöhten Studiengebühren gelten bereits per 1. Januar 2025. Dies könnte zudem den Druck auf die Studierenden erhöhen, die bereits mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und sich möglicherweise gezwungen sehen, ihr Studium aufzugeben, wodurch sich ihre beruflichen Chancen verringern und die betroffenen Kantone wie der unsere das Potenzial nicht ausschöpfen können.

Eine solche Erhöhung der Gebühren bedroht die Chancengleichheit im Bildungsbereich. Damit werden Studierende aus finanziell besser gestellten Familien auf Kosten von Studierenden aus bescheideneren Verhältnissen bevorzugt. Dies schadet der Idee einer auf Leistung basierenden Gesellschaft und ist der Vielfalt an Profilen in unseren Schulen und Unternehmen abträglich. Der Staat muss allen Studierenden gleiche Chancen bieten. Dieses Ziel wird nicht erreicht, indem die Studiengebühren so massiv erhöht werden.

Die Ausbildung unserer Jugend ist ein Reichtum für unseren Kanton und die Schweiz und stellt eine strategische Investition in die Zukunft dar, auf die das Wallis stets stolz war. Die Studierenden der HES-SO werden in Zukunft eine grundlegende Rolle für unsere Wirtschaft, unsere Innovation und unsere Gesellschaft

spielen, insbesondere in den Bereichen, in denen der Fachkräftemangel allgemein bekannt (Pflege und Sozialarbeit) oder erwartet ist. Der Entscheid, die Semestergebühren zu erhöhen, beeinträchtigt den Zugang aller zu hochwertiger Bildung und wird den Fachkräftemangel noch weiter zuspitzen.

Dabei muss betont werden, dass der HES-SO Einrichtungen in mehreren Kantonen angehören, einige sind wirtschaftlich weniger gut gestellt als andere. In diesen Regionen könnte eine derartige Erhöhung der Gebühren die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten verschärfen, da Studierende, denen bereits weniger für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung steht, stärker betroffen wären. Der Vergleich mit anderen Fachhochschulen in einem Kontext mit höheren Löhnen ist nicht angebracht.

Studentenarmut ist eine Realität, obwohl mehr als 79 Prozent der FH-Studierenden während des Studiums arbeiten (

<https://www.travailler-en-suisse.ch/>).

Mehrere Kantone wie Neuenburg und Genf unterstützen Studierende in prekären Situationen (finanzielle Unterstützung, kostenlose Verteilung von Lebensmitteln, Essensgutscheine). Mit der aktuellen Zunahme der Lebenshaltungskosten könnte die Erhöhung der Studiengebühren der HES-SO die prekäre Situation der Studierenden noch weiter zuspitzen. Gemäss jüngsten Studien erhalten nur 14 Prozent der Studierenden in der Schweiz Unterstützung, während es in Schweden, den Niederlanden, England und Finnland fast 90 Prozent sind. In Frankreich sind es etwas mehr als 50 Prozent.

Schlussfolgerung

Mit diesem Postulat fordern wir den Staatsrat auf, seinen Entscheid, die Studiengebühren der HES-SO zu erhöhen, zu überdenken sowie Unterstützungsmechanismen für Studierende in prekären Verhältnissen zu schaffen und zu stärken (wie beispielsweise Zugang zu Sozialläden, Essensgutscheine, Verteilung unverkaufter Lebensmittel oder andere Massnahmen der Solidarität).